



**Albin Kurti** Der Hoffnungsträger der kosovarischen Jugend.  
Von Enver Robelli

## Ein Rebell gegen die Diebe

Er geizt nie mit seinem Zorn. Fast pausenlos wettet Albin Kurti gegen die korrupte politische Klasse in Kosovo, er klagt über dubiose Privatisierungen, das kaputte Bildungswesen, die Armut. Seine Anhänger unterbrechen ihn jeweils mit ohrenbetäubenden Sprechchören: «Mit Dieben ist kein Staat zu machen!»

In Wahlen am Sonntag haben vor allem die jungen Wähler Kurtis Partei Vetëvendosje (Selbstbestimmung) derart massiv unterstützt, dass sie ihren Stimmenanteil verdoppeln konnte und nun zweitstärkste politische Kraft im künftigen Parlament wird. Der linke Rebell - eine Mischung aus Alexis Tsipras und Che Guevara - hat für eine kleine Revolution in Kosovo gesorgt.

Die Wut der Bevölkerung richtet sich gegen die ehemaligen Kommandanten der Befreiungsarmee UCK, die in den Augen vieler Kosovaren das Land gnadenlos ausplündern und ein Klientelsystem aufrechterhalten, das jede wirtschaftliche Entwicklung blockiert. Dieses System möchte Kurti sprengen.

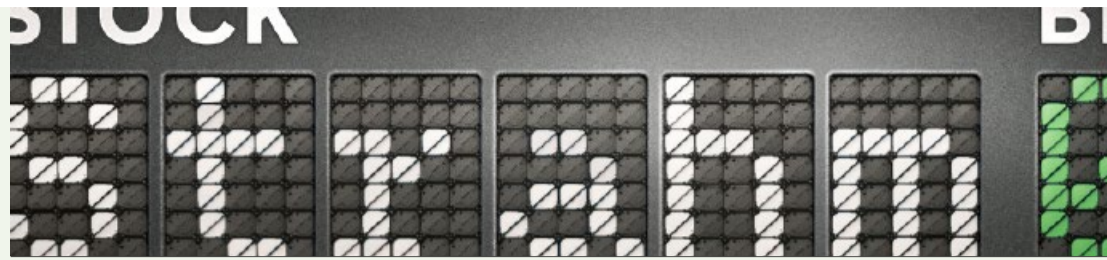
Am Wochenende ist er seinem Ziel näher gekommen: Die Allianz der Warlords, angeführt von Ramush Haradinaj und Kadri Veseli, liegt zwar auf dem ersten Platz, hat aber grosse Verluste erlitten und wird Mühe haben, eine Regierung zu bilden. Einige der selbst ernannten Kriegshelden könnten bald von einem Sondertribunal in Den Haag wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden.

Kurti ist zwar erst 42 Jahre alt, aber seit Teenagertagen politisch aktiv. In den 90er-Jahren protestierte er als Studentenfürer gegen die serbische Repression, die Bilder seiner Verhaftung gingen damals um die Welt. Während der Nato-Luftangriffe gegen Serbien im Frühjahr 1999 wurde er erneut festgenommen und in einem Schauprozess zu 15 Jahren Haft verurteilt.

2001 liess die Belgrader Regierung ihn frei, nachdem der Druck westlicher Staaten zu gross geworden war. Doch das Verhältnis Kurtis zu den internationalen Protektoren blieb gespannt. Er warf ihnen vor, die Korruption der früheren Kriegsherren zu tolerieren. Kurti, dem Populismus keineswegs abgeneigt, provozierte immer wieder mit der Forderung nach einer Vereinigung Kosovos mit Albanien. Davon hat er im Wahlkampf Abstand genommen und sprach vor allem über die Wirtschaftslage.

Kurti hat an der Universität Pristina Computernwissenschaften studiert und gilt als leidenschaftlicher Büchernarr. Er ist mit der norwegischen Politologin Rita Augestad Knudsen verheiratet. Das Ehepaar hat eine Tochter.

Der Erfolg der Anti-Establishment-Partei Vetëvendosje ist der Beginn einer neuen Ära für Kosovo. Eine junge, selbstbewusste und kritische Generation von Politikern drängt an die Macht - mit Kurti an der Spitze. Sie lässt sich nicht einschüchtern von ehemaligen Kämpfern, die mehr mit Muskeln als mit Verstand regieren.



**Kolumne** Rudolf Strahm

## Stimmungsmache gegen sichere Renten

Bereits viele Monate vor der Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 vom kommenden Herbst machen interessierte Finanzkreise Stimmung gegen den Generationenvertrag bei der AHV. Nacheinander veröffentlichten seit Februar Bankiervereinigungen, Swisscanto, Credit Suisse und jüngst die UBS ihre interessenorientierten Studien zu den Altersrenten.

Ihr Tenor schürt generelle Verunsicherung: «Ihre Rente ist nicht mehr sicher.» «Die Jungen zahlen zu viel - die Alten leben auf Kosten der jungen Generation.» Sie verfolgen damit eine Verunsicherungsstrategie im eigenen Interesse.

Was besonders auffällt: Die Medien kolportieren diese Gefälligkeitsstudien, ohne Gegendarstellungen zum Beispiel beim Bundesamt für Sozialversicherungen BSV einzuholen, und verzichten meist darauf, die Interessenlage der Urheber transparent zu machen.

Die jüngste Studie wurde von der UBS verbreitet. Erstellt wurde sie vom deutschen Professor Bernd Raffelhüschen, der seit Jahren Horrorszenerarien gegen den Generationenvertrag anbietet, sowie von einer Finanzspezialistin des UBS Chief Investment Office. Gleichzeitig wirbt die UBS mit einer Werbebroschüre beim Publikum für das private Vorsorgesparen mittels Anlagevehikeln mit einem Aktienanteil bis zu 75%.

Die AHV schlechttreden und gleichzeitig die riskanten und teuren Vorsorgefonds der Banken anpreisen - so läuft momentan die subtile Meinungsbeeinflussung gegen den Rentenkompromiss 2020 des Parlaments.

Diese UBS-Studie gegen die AHV - es ist seit 2014 die vierte mit der gleichen Methodik - definiert mit einer sogenannten «Generationenbilanz» eine sogenannte «implizite Staatsschuld» gegenüber allen Versicherten. Sie rechnet mit einer fiktiven «AHV-Finanzierungslücke» in der Höhe von 173% des Bruttoinlandsprodukts, entsprechend einem angeblich «ungedeckten Leistungsversprechen» des Bundes von 1000 Milliarden Franken. So wird mit einem fiktiven Staatspleite-Szenarium Verunsicherung geschürt!

Wie kommt der deutsche Professor auf solche Verschuldungszahlen? In seiner abenteuerlichen Rechnung ging er von der fiktiven Annahme aus, dass von jetzt an für alle lebenden Bewohner der Schweiz bis an ihr Lebensende keine Zusatzfinanzierung der AHV mehr erfolgen würde. Bis 2050 und darüber hinaus hat er eigene Annahmen über zukünftige Zinshöhen, Produktivitäten, Inflationsziffern, demografische Entwicklung und Zuwanderung getroffen.

### Studien mit politischer Absicht

Solche Langzeitmodelle sind prognostischer Unfug. Sie dienen einzig politischen Zwecken. Die Experten des BSV bezeichneten bereits 2015 diese «Generationenbilanz» der UBS diplomatisch als für das AHV-Umlageverfahren «ungeeignet, um die finanzielle Situation der AHV zu beurteilen».

Das BSV sagt auch, dass die Behauptung der UBS-Studie, wonach die älteren Arbeitnehmer zwischen 53 und 63 Jahren keine Sanierungslast für die Altersvorsorge mittragen würden, rechnerisch schlicht falsch ist. Denn die älteren Arbeitnehmer zahlen insgesamt tendenziell mehr Beiträge ins Vorsorgesystem und finanzieren mit dem Mehrwertsteuer-Zuschlag bis an ihr Lebensende die Altersvorsorge der Jüngeren mit.

Frühere pseudowissenschaftliche Angstmacher-Studien haben uns belehrt, dass solche Langfristprognosen nichts taugen. Nach der erstmaligen, grossen AHV-Prognose einer Expertengruppe des Bundes von 1995 (der sogenannten IDA-Fiso-Studie) wäre die AHV bereits vor zwölf Jahren pleitegegangen.

Freilich sind für das nächste und übernächste Jahrzehnt mehr Einzahlungen in die AHV nötig, um die Alterung zu finanzieren. Ausgerechnet die Kompromissvorlage, über die im Herbst abgestimmt wird, dient der finanziellen Sicherung von AHV- und Pensionskassen-Renten bis mindestens 2030.

Alle diese Parteigutachten aus der Bankenbranche verschweigen allerdings eine teure Kehrseite unseres Dreisäulensystems der Altersvorsorge, nämlich die hohen Vermögensverwaltungskosten bei den Kapitalanlagen der zweiten Säule. Sie fallen im heutigen Tiefzinsumfeld besonders stark ins Gewicht.

Aus der Statistik der Oberaufsicht aller Pensionskassen OAK ist ersichtlich, dass allein die Vermögensverwaltungskosten unserer Pensionskassenkapitalien im Durchschnitt jährlich 0,42% des Anlagevermögens auffressen, was die Versicherten über 3,5 Milliarden Franken pro Jahr kostet. Diese Kosten versickern bei den Banken, Vermögensverwaltern, Anlagefonds und Hedgefonds-Betreibern. Hinzu kommen die rund 900 Millionen Franken an eigenen Verwaltungskosten der 1800 Pensionskassen und die schätzungsweise 600 Millionen Franken Gewinn der Privatassekuranz aus ihren Sammelstiftungen. Das gesamte, bis heute angesparte Vermögen der beruflichen Vorsorge (zweite Säule) umfasst sage und schreibe 1048 Milliarden Franken - für den Finanzplatz ein grosses Geschäft.

Jeder siebte Franken der Renten- und Kapitaleistungen der zweiten Säule versickert in der Kostenfalle der Vermögensanlagen und der Kassenverwaltungen. Das BSV und die OAK haben es bisher verpasst, diese jährlichen Gesamtkosten pro Versicherten oder in Prozent des Anlagekapitals für jede Kasse einzeln transparent aufzulisten und einen Kosten-Rendite-Vergleich der PK-Anlagen zu publizieren. Die Datensätze wären heute vorhanden. Das Preis- und Kostenbewusstsein ist auch in der Bundesbürokratie noch unfähig!

### Geschichte wiederholt sich

Wenn es um die Altersvorsorge geht, wiederholt sich die Geschichte. Bereits bei der Einführung der AHV 1947 bekämpften die grossen Banken und die Privatassekuranz vereint mit dem Zürcher Freisinn unsere AHV als staatliche Altersvorsorge. Die damalige Kampforganisation gegen die AHV-Einführung war der «Elefantenclub», daraus entstand später die staatsfeindliche Organisation «Trumpf Buur». Die Banken strebten stets eine privatisierte Altersvorsorge an. Auch heute profiliert sich die «Neue Zürcher Zeitung» erneut als Kampfblatt gegen den Rentenkompromiss.

Was freilich total gekehrt hat, ist die Haltung der SVP. Ihre Vorläuferin, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), war damals, 1947, vehemente Befürworterin der AHV. Für Bauern und Kleingewerbler ist die AHV - damals wie heute - die tragende Säule ihrer Altersvorsorge. Bloss wird die Nachfolgepartei SVP nicht mehr von bodenständigen Mittelständlern, sondern von neureichen Staatskritikern angeführt.

Im Herbst wird eine unheilige Allianz von radikalen Arbeitgebergruppen, Finanzkreisen und Genfer Linken - aus unterschiedlichsten Interessen - den Rentenkompromiss des Parlaments bekämpfen. Das ist paradox und unverständlich: Denn ausgerechnet diese Rentenstabilisierungsvorlage wird dazu beitragen, sowohl die Renten der AHV als auch die Pensionskassenleistungen sicherer zu machen.

## «Eine unheilige Allianz ist gegen den Rentenkompromiss.»



**Rudolf Strahm**

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerinnen Laura de Weck ab.

**Replik** Die Reduktion des Stadtrates von 9 auf 7 Mitglieder bringt mehr Effizienz und bessere Kontrolle.

Von Stefan Mühlemann

## Zauberformel für Zürich

Zürich ist eine grossartige Stadt: gut unterwegs als Lebensraum für Familie, Bildung, Kultur und Beruf. Beliebt als Standort für Wirtschaft, Industrie und Dienstleistungen. Und rundum im Schuss, auch dank dem grossen Einsatz des Stadtrates und der Verwaltung mit ihren 28 000 Angestellten.

Obwohl die Stadt Zürich also gut aufgestellt ist, bekundet sie in Zeiten beschränkter finanzieller Ressourcen manchmal Mühe, ihr Wachstum angemessen zu begleiten. Und ist auch vor Entwicklungen wie der ERZ-Affäre nicht gefeit.

Natürlich liegt des Pudels Kern in der Organisation der Stadtverwaltung. Der Schluss der Analyse «Das korrekte Korsett» (TA vom 10. 6.), dass angesichts des Ausmasses der ERZ-Affäre die Initiative «7 statt 9» nicht der richtige Ansatz sei, verkennt jedoch das Ziel und die grossen Chancen der zustande gekommenen Volksinitiative.

### Erhöhte Transparenz

«7 statt 9» ist kein Selbstzweck, sondern die Initialzündung für eine Reformation der Stadtverwaltung. Deren Strukturen sind über Jahrzehnte gewachsen, ohne dass die Aufgabenverteilung und die Verfahrensabläufe zwischen den verschiedenen Departementen kritisch hinterfragt wurden. Die Initiative «7 statt 9» will darum mit der Reduktion von 9 auf 7 Stadträte und Departemente eine grundlegende Reorganisation der Verwaltung bewirken: Dank erhöhter Transparenz und klaren Verantwortlichkeiten kann die Leistungsfähigkeit gesteigert und mögliche Fehlentwicklungen schneller erkannt werden.

Die Initiative «7 statt 9» schafft die Voraussetzung dafür, die Modernisierung der Verwaltung ernsthaft an die Hand zu nehmen: Sie zwingt den Stadtrat, die ganze Organisation grundlegend von unnötigen oder überholten Aufgaben zu entlasten und Doppel- oder Mehrfacharbeiten zu verhindern, die gleich oder ähnlich von unterschiedlichen Abteilungen verrichtet werden. Eine zielgerichtete und effiziente Arbeitsplatzorganisation soll sichtbar machen, wer wofür verantwortlich ist. Gleichzeitig sind auch Hierarchien zu überprüfen und nach Möglichkeit abzubauen.

«7 statt 9» vereinfacht die Entscheidungsprozesse: Je mehr Departemente an einer Entscheidung beteiligt sind, desto schwieriger und komplexer wird diese. Doppelpurigkeiten und Schnittstellen vermindern heisst die Abläufe verkürzen und beschleunigen.

### Weniger anfällig für Überraschungen

Noch mal: Der Stadt Zürich geht es gut. Das ist erfreulich, aber kein Grund zur Selbstgefälligkeit. Eine modernisierte, effizientere Verwaltung würde Mittel freimachen, mit denen die Stadt ihre Leistungen sichern und gegebenenfalls ausbauen kann. Die gesteigerte Transparenz, die vereinfachten Abläufe und klaren Verantwortlichkeiten würden auch die Kontrolle des staatlichen Handelns verbessern. Eine reformierte Stadtverwaltung ist weniger anfällig für unangenehme Überraschungen.

Darum findet die Idee, die bestehende Verwaltungsorganisation zu überdenken und besser zu strukturieren, nicht nur Rückhalt in der Bevölkerung. Sondern auch Beifall von unterschiedlichsten politischen Seiten, wie die bunte Koalition bei den gesammelten Unterschriften zeigt. Die ERZ-Affäre unterstreicht nun noch zusätzlich die Aktualität und Notwendigkeit der Volksinitiative «7 statt 9».

7 statt 9 Stadträte und Departemente und die dafür erforderliche Verwaltungsreform sind ja schon lange ein berechtigtes Projekt und wurden sogar bereits 2003 vom Stadtrat selbst geplant. Jetzt machen wir es doch endlich!



**Stefan Mühlemann**

Als parteiloser Privatmann hat er die Initiative «7 statt 9» lanciert. Der 44-jährige Ökonom arbeitet als Finanzchef für ein Gastronomieunternehmen.